



**- Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschuss -
- 18. Wahlperiode -**

An die
Mitglieder des Finanz-, Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 13. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 04.04.2024

Anwesend:

Herr Heiko Bertelt	bis einschl. TOP 14
Herr Thomas Frilling	bis einschl. TOP 15
Herr Walter Goda	ab TOP 6
Frau Simone Göhner (stellv. Vorsitzende)	
Herr Thomas Hoping	
Herr Ulrich Kettler	
Herr Josef Kruse	bis einschl. TOP 13
Herr Hubert Pille	ab TOP 6 (Vertretung für Herrn gr. Schlar- mann)
Herr Dieter Rohnstock	
Herr Walter Sieveke	ab TOP 9
Herr Helmut Steinkamp	
Herr Peter Willenborg	
Herr Philip Wilming	Vertretung für Herrn Martin Meyer
Herr Matthias Windhaus	
Herr Holger Ziefus	

Entschuldigt:

Herr Martin Fischer	entschuldigt
Herr Thomas gr. Schlar- mann	entschuldigt
Frau Wiebke Litschke	entschuldigt
Herr Martin Meyer	entschuldigt

Hinzugezogen:

Herr Tobias Gerdesmeyer (Landrat)
Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)
Herr Martin Kramer (Protokollführung)

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 30.11.2023
5. Mitteilungen des Landrats
 - 5.1. Genehmigungsbescheid zur Haushaltssatzung 2024 (790/2024)
 - 5.2. Haushaltsplan 2024; Schlüsselzuweisung 2024 (791/2024)
6. Wissens- und Technologietransfer, Bericht GF Steinbeis Transferzentren Nds GmbH (784/2024)
7. Anpassung der Vereinbarung zur Suchtberatung mit dem SKM (741/2023)
8. Integrationskonzept des Landkreises Vechta (760/2024)
9. Örtlicher Pflegebericht nach § 3 NPflegeG (776/2024)
10. 13.Änderung der Verordnung über einen Taxentarif im Landkreis Vechta (781/2024)
11. Weitergewährung Förderung Kulturanthropologisches Institut Oldenburger Münsterland (771/2024)
(TOP 9 Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur am 07.03.2024)
12. K256 - Sanierung Ortsdurchfahrt Langförden (750/2024)
(TOP 8 Bau-, Struktur- und Umweltausschuss am 29.02.2024)
13. K275 - Sachstand Radwege-Neubau und Fahrbahnsanierung (755/2024)
(TOP 9 Bau-, Struktur- und Umweltausschuss am 29.02.2024)
14. Neubau der Verwaltung und der Aula an den Handelslehranstalten in Lohne (722/2023/1)
(TOP 11 Bau-, Struktur- und Umweltausschuss am 29.02.2024)
15. Investitionsliste der Hochbauten mit Priorisierung (720/2023/1)
(TOP 12 Bau-, Struktur- und Umweltausschuss am 29.02.2024)
16. Änderung der Kreditrichtlinie (778/2024)
17. Verzicht auf die Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses für das Abschlussjahr 2022 (779/2024)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß und fristgerecht und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 30.11.2023

Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 30.11.2023 wird einstimmig mit 2 Enthaltungen festgestellt.

5. Mitteilungen des Landrats

5.1. Genehmigungsbescheid zur Haushaltssatzung 2024 (790/2024)

Landrat Tobias Gerdemeyer teilt mit, dass die Genehmigung des Innenministeriums für die Haushaltssatzung 2024 vorliege. Für die Kernverwaltung sei die Kreditermächtigung von 37,9 Mio. EUR und die Verpflichtungsermächtigungen von 98,9 Mio. EUR und für den Eigenbetrieb die Kreditermächtigung von 17,4 Mio. EUR genehmigt worden. Das Innenministerium weise darauf hin, dass der Haushaltsausgleich beim Kernhaushalt erst mit Rückgriff auf die Überschussrücklage möglich sei. Im Übrigen, sei der Genehmigungsbescheid ohne weitere Auflagen oder Hinweise ergangen und es werde die dauernde Leistungsfähigkeit für den Landkreis Vechta festgestellt. Von den 37 Landkreisen und der Region Hannover habe keiner einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Im Vergleich zu den übrigen niedersächsischen Kreisen stehe der Landkreis Vechta mit einem Planfehlbetrag von 8 Mio. EUR noch vergleichsweise gut da.

Die Haushaltsgenehmigung liegt als Anlage zur Niederschrift bei.

5.2. **Haushaltsplan 2024; Schlüsselzuweisung 2024 (791/2024)**

Landrat Tobias Gerdesmeyer greift die vorherigen Ausführungen des Kreisrates Holger Böckenstette in der Kreisausschusssitzung vom 07.12.2023 über die verringerten Schlüsselzuweisungen auf. Das Landesstatistikamt habe nunmehr die Schlüsselzuweisungen für Kreisaufgaben auf 33,4 Mio. EUR festgesetzt, welches eine deutliche Unterschreitung des Planansatzes von 40,1 Mio. EUR darstelle und die Einnahmesituation des Landkreises Vechta insgesamt schwäche.

6. **Wissens- und Technologietransfer, Bericht GF Steinbeis Transferzentren Nds GmbH (784/2024)**

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner begrüßt Hermann Blanke, den Geschäftsführer des Steinbeis Transferzentrums Oldenburger Münsterland.

Hermann Blanke stellt sich vor und gibt anhand der anliegenden Präsentation einen Abriss über die Aufgaben und Tätigkeitsfelder und Ergebnisse der Arbeit des Transferzentrums im Landkreis Vechta. Das Steinbeis Transferzentrum Oldenburger Münsterland gehöre dem Konzern Steinbeis mit 1.150 verbundenen Unternehmen, 5.200 Mitarbeitern, 10.000 Kunden und einem Jahresumsatz von 160 Mio. EUR an. Hermann Blanke betont, das Transferzentrum OM arbeite nach den Regeln des Marktes und sei unabhängig. Neben den Schwerpunkten Beratung und Weiterbildung werde eine marktnahe und weniger wissenschaftlich ausgerichtete Unterstützung in Forschung und Entwicklung angeboten. Seit April 1991 sei das Transferzentrum OM in Vechta tätig. Es seien erhebliche Fördermittel in die Wirtschaft geholt worden. Aufgrund der über 30jährigen Tätigkeit sei ein weites Netzwerk entstanden. Beratungen und Erstgespräche werden um die 100 im Jahr durchschnittlich durchgeführt. Als Themen sind aktuell von Interesse die Energiewende, die Digitalisierung und Finanzierung von Forschung und Entwicklung. Die sogenannten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verfügen hier oftmals über keine eigenen Kompetenzen und müssten beraten bzw. an gezielte Beratung vermittelt werden. Mit der Adolf-Kolping-Schule in Lohne und den Schulpartnern aus der Wirtschaft arbeite das Transferzentrum OM seit Jahren erfolgreich zusammen.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner bedankt sich für den Vortrag.

Auf Nachfrage von KTA Matthias Windhaus erläutert Hermann Blanke, dass je ein Viertel des Angebotes auf Unternehmen mit ein bis zehn Arbeitnehmern, Unternehmen bis 50 Arbeitnehmern, Unternehmen bis 300 Arbeitnehmern und sonstigen auch öffentlichen-rechtlichen Unternehmen und Kommunen entfallen. Programmatisch konzentriere sich das Transferzentrum OM auf kleine und mittlere Unternehmen, die von sich aus Kontakt aufnehmen oder z.B. von Kreditbanken verwiesen werden. Beratungsbedarf entstehe z.B. bei Betriebsübergaben an die nächste Generation. Selbstverständlich betreibe das Transferzentrum OM eine aktive Aquirierung. Die Zusammenarbeit mit der Privaten Hochschule für Wirtschaft und Technik funktioniere gut; weniger Kontakt gäbe es mit der Universität Vechta. Auch mit den Städten und Gemeinden und deren Wirtschaftsförderung stehe das Transferzentrum OM in gutem Austausch. Kostenpflichtig sei die Beratungsleistung nicht; die

Aufwendungen werden über die Zuschüsse der Landkreise ausgeglichen. Es habe sich noch keine Konkurrenzsituation zu anderen Beratungsinstituten ergeben.

7. Anpassung der Vereinbarung zur Suchtberatung mit dem SKM (741/2023)

Kreisrat Holger Böckenstette erläutert den Antrag des SKM Katholischer Verein für soziale Dienste Vechta e.V.. Die auslaufende Kostenvereinbarung von 2019 sei neu zu fassen. Es werde vorgeschlagen, den Kostenanteil des Landkreises für die nächsten drei Jahre ab 2024 auf 300.000 EUR anzupassen mit jeweils einer Steigerung von 5 Prozent für 2025 und 2026.

KTA Matthias Windhaus sieht in der Steigerung von 5 Prozent eine gegenüber anderen Aufgabenträgern abweichende günstigere Behandlung.

KTA Hubert Pille hält eine Anhebung des Kostenanteils grundsätzlich für erforderlich. Die Steigerungsraten sollten auf jeden Fall ausreichend sein. In 2027 sei neu zu verhandeln.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen, die Vereinbarung mit dem SKM mit den im Sachverhalt beschriebenen Anpassungen zu verlängern.

Auf der Grundlage der vorstehenden Anpassungen ist für die Laufzeit des Vertrages ein jährliches Budget von 300.000 € zzgl. 5 % Steigerung pro Jahr in den Haushalten 2024 bis 2026 einzuplanen.“

8. Integrationskonzept des Landkreises Vechta (760/2024)

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner begrüßt Sabine Behrens vom Amt für Soziales und Integration.

Sabine Behrens stellt anhand der anliegenden Präsentation das überarbeitete Integrationskonzept vor. Die Lage der Zuwanderung habe sich gewandelt. Die Zuwanderung aus der Europäischen Union mache 43 Prozent aus. Der vermehrte Zuzug von Kindern und Personen über 65 Jahren zeige, dass eine dauerhafte Niederlassung angestrebt werde. Die Zuwanderung aus Rumänien, Bulgarien und Kosovo nehme zu, die aus Polen deutlich ab. Auf Rang 5 liege seit Februar 2022 die Ukraine. Dem Erwerb der Sprachkompetenz komme eine zentrale Rolle zu. Es sei wichtig, in der aufnehmenden Gesellschaft ausreichend Ehrenamtliche für Betreuungsleistungen zu gewinnen. Einer Entwicklung der Entfremdung unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen müsse entgegengewirkt werden. Auf Nachfrage erläutert Sabine Behrens zum Stichwort kultursensibler Umgang, dass es auch auf den korrekten Sprachgebrauch ankomme; es müsse z.B. heißen Sinti und Roma.

Frau Angelika Wehebrink, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration erläutert, es werde aktuell nachgehalten, ob die zugewiesenen Sprachkurs-Plätze auch tatsächlich in Anspruch genommen werden. Hier arbeite man eng mit dem Jobcenter und den Bildungsträgern zusammen.

Sabine Behrens erklärt, die Integrationsbeauftragten in den Städten und Gemeinden

seien die ersten Ansprechpartner für Fragen und Unterstützungsbedarfe der Ehrenamtlichen vor Ort.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner bedankt sich für den Vortrag. Landrat Tobias Gerdsmeyer macht deutlich, dass die Kommunen eine hohe Zuwanderung seit den letzten acht Jahren bewältigen müssen. Es gäbe bereits gute Strukturen, viele Angebote für Begegnungen und regen Austausch, eine angepasste Wohnquartiersplanung und ein ehrenamtliches Engagement, welche zu erhalten seien.

9. Örtlicher Pflegebericht nach § 3 NPflegeG (776/2024)

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner übergibt das Wort an Angelika Wehebrink, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration.

Angelika Wehebrink stellt den anliegenden 3. Örtlichen Pflegebericht nach 2015 und 2019 vor, der verpflichtend nach vorgegebenen Mindestinhalten erstellt worden sei. Für das Jahr 2035 werde mit einer Bevölkerungszahl von 150.555 bei einem Anteil von 11.000 in der Altersgruppe ab 80 Jahren gerechnet. In 2021 werden im Landkreis Vechta 73,57 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Der bundesweite Anteil betrage 80 Prozent. In jeder der zehn Kommunen gibt es Pflegeeinrichtungen. Tagespflege werde in acht Kommunen bereitgehalten. Die Zahl der Pflegekräfte betrage in 2021 insgesamt 2.208, davon 80 Prozent in Teilzeit. Die Kosten der Hilfe zur Pflege seien in 2021 auf 4,3 Mio. EUR im stationären Bereich gestiegen. Die Belastung des Kreishaushaltes durch Pflege werde künftig noch stark ansteigen. Die Leistungsanbieter kämpfen mit dem Fachkräftemangel. Das Angebot im Demenzbereich sei auszubauen.

Angelika Wehebrink geht auf das Angebot des Senioren- und Pflegestützpunktes im Kreishaus ein, welches gut nachgefragt werde.

KTA Walter Goda geht davon aus, dass die Nachfrage für Kurzzeitpflegeplätze weitaus höher als das Angebot sei. Hier müsse das Angebot erweitert werden, um den pflegenden Angehörigen Entlastung bieten zu können.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner bedankt sich für den Vortrag.

10. 13.Änderung der Verordnung über einen Taxentarif im Landkreis Vechta (781/2024)

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner übergibt das Wort an Uwe Büniger, Leiter des Amtes für Ordnung und Straßenverkehr.

Uwe Büniger stellt die 13. Änderung des Taxentarifs vor, die zum 01.06.2024 in Kraft treten könne. Der Antrag des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe aus 2023 werde mit höheren Lohnkosten begründet. Die angehobenen Tarife für Taxen und Großraumtaxen seien mit den umliegenden Kreisen abgestimmt worden. Auf Nachfrage geht Uwe Büniger auf die einzelnen Tarifbestimmungen und Differenzierungen ein.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, die Verordnung über einen Taxentarif im Landkreis Vechta vom 01.12.1983 in der Fassung der 13. Änderungsverordnung zu beschließen.“

11. Weitergewährung Förderung Kulturanthropologisches Institut Oldenburger Münsterland (771/2024)

Kreisrat Holger Böckenstette weist darauf hin, dass sich der Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur am 07.03.2024 für den Zuschuss ausgesprochen habe.

KTA Matthias Windhaus geht darauf ein, dass eine Evaluierung im engeren Sinne durch den Vortrag von Prof. Dr. Christine Aka nicht erbracht worden sei. Er rege an, dass die Forschungsergebnisse stärker in den Landkreis Vechta getragen werden.

Landrat Tobias Gerdesmeyer berichtet, dass die Oldenburgische Landschaft die Projekte des Institutes lobend erwähnt habe und schlägt eine Evaluation zur Mitte des Förderungszeitraumes vor.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

Die Förderung des Kulturanthropologischen Instituts für das Oldenburger Münsterland wird mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 40.000 € bis einschließlich 2028 fortgesetzt.

Dem Institut wird aufgegeben, bis 2026 einen Evaluationsbericht vorzulegen.“

12. K256 - Sanierung Ortsdurchfahrt Langförden (750/2024)

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner ruft den TOP auf, der bereits am 29.02.2024 im Bau-, Struktur- und Umweltausschuss beraten worden sei.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, der Stadt Vechta die Umgestaltung der Kreisstraße K 256 zu gestatten.

Voraussetzung ist der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung über die Kostenteilung und die spätere Unterhaltung. Der Landkreis übernimmt nur die Kosten, die im Rahmen der Sanierung der Straße und der Straßenentwässerung im vorhandenen Standard anfallen würden. Weiterhin sind die Mehrkosten der Unterhaltung und ggf. auch ein Rückbau von der Stadt Vechta zu übernehmen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 86.500 € werden im Haushalt 2025 bereitgestellt.“

13. K275 - Sachstand Radwege-Neubau und Fahrbahnsanierung (755/2024)

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner ruft den TOP auf, der bereits am 29.02.2024 im Bau-, Struktur- und Umweltausschuss beraten worden sei.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, die Verwaltung mit der Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für die Fahrbahn-Grundsanierung und den parallel geplanten Radweg-Neubau entlang der Kreisstraßen K275 in Holdorf/Fladderlohausen bis zur Kreisgrenze Osnabrück zu beauftragen und die bauliche Umsetzung unter Berücksichtigung der Förderrichtlinie gemäß Nds. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (N-GVFG) für das Jahr 2025 vorzusehen.“

14. Neubau der Verwaltung und der Aula an den Handelslehranstalten in Lohne (722/2023/1)

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner ruft den TOP auf, der bereits am 29.02.2024 im Bau-, Struktur- und Umweltausschuss beraten worden sei. KTA Hubert Pille hebt die Bedeutung der Handelslehranstalten hervor und spricht sich für den Neubau aus.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, den Neubau der Verwaltung und der Aula sowie den Umbau der bisherigen Verwaltung und Aula zu Klassenräumen unter Berücksichtigung des dargestellten Einsparpotentials zu beschließen und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.“

15. Investitionsliste der Hochbauten mit Priorisierung (720/2023/1)

Kreisrat Holger Böckenstette knüpft an TOP 12 des Bau-, Struktur- und Umweltausschusses vom 29.02.2024 an und stellt die finanziellen Auswirkungen der Investitionsliste Hochbauten der künftigen Jahre anhand der anliegenden Präsentation vor.

Für die grün gekennzeichneten Hochbauvorhaben, deren Umsetzung bereits beschlossen sei, werde in den Folgejahren 2025 und 2026 mit je 29 Mio. EUR Baukosten gerechnet. Die Auswirkungen der für die Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen auf den Haushalt sollen im Folgenden näher dargelegt werden.

Generell sollen die Abschreibungserlöse für Erhaltungsinvestitionen verwendet werden. Bei einem ausgeglichenen Kreishaushalt stehen dafür Abschreibungen von insgesamt 12,3 Mio. EUR abzüglich Auflösungserträge aus Sonderposten von 3,9 Mio. EUR, also rund 8 Mio. EUR zur Verfügung. Im Falle des Defizithaushaltes 2024 gehen allerdings die Abschreibungserlöse nicht mit einem gleichhohen Liquiditätsüberschuss einher. Der Planfehlbetrag 2024 werde sich aufgrund der ausbleibenden Schlüsselzuweisungen auf 14,9 Mio. EUR erhöhen. Die Tilgung könne in 2024

im Plan nicht gedeckt werden. Für die Investitionsfinanzierung komme es daher auch auf einen ausgeglichenen Ergebnis-Haushalt an.

Die Inanspruchnahme der Investitionsansätze habe in der Zeit von 2019 bis 2023 stetig zugenommen. Vorbei seien die Zeiten, in denen der Haushalt ohne Aufnahme von veranschlagten Krediten bewirtschaftet werden konnte. Die zunehmende Bautätigkeit zeige sich auch in der stärkeren Inanspruchnahme der Haushaltsreste für Investitionen. In 2023 seien Haushaltsreste i.H.v. 19 Mio. EUR auszahlungswirksam geworden. Mit der Kreditaufnahme i.H.v. 13,7 Mio. EUR im Februar dieses Jahres steige die Summe der Neukredite seit 2021 auf 62,3 Mio. EUR. Dazu kommen noch die Schulden des Eigenbetriebes i.H.v. 40 Mio. EUR.

Der Landkreis habe mit jährlich wiederkehrenden Investitionen i.H.v. 7,7 Mio. EUR für z.B. die Krankenhausumlage zu rechnen. Fest einzuplanen sei auch jährlich der Betrag von 500 TEUR für das Feuerwehrfahrzeugkonzept. Bei einer Deckelung der Hochbau-Summen auf 25 Mio. EUR in 2025 und 2026 und 17,5 Mio. EUR in 2027 ergebe sich im Saldo – also nach Abzug von Einzahlungen für die Investitionstätigkeit – eine zu finanzierende Investitionssumme von 36,6 Mio. EUR in 2025, 28,1 Mio. EUR in 2026 und 32,3 Mio. EUR in 2027. Nehme man hier die 8 Mio. EUR Abschreibungserlöse herunter, so sind dann noch jeweils 28 Mio. EUR (2025), 20 Mio. EUR (2026) und 24 Mio. EUR (2027) mit Fremdmitteln zu finanzieren. Für Tiefbaumaßnahmen bliebe bei dieser Rechnung ein Volumen von jährlich 4,5 Mio. EUR.

Die Belastung aus der Schuldenaufnahme stellt Kreisrat Holger Böckenstette in weiteren Tabelle dar. In 2030 betrage der Schuldendienst 13 Mio. EUR bei einer jährlichen Kreditaufnahme von 25 Mio. EUR und einer Tilgungsquote von 3 Prozent. Bei einer geringeren Tilgungsquote von 2 Prozent betrage der Schuldendienst noch 11,7 Mio. EUR. Für Hochbaumaßnahmen sei bei einer Nutzungsdauer durchaus eine schwächere Tilgung mit 2 Prozent vertretbar.

Landrat Tobias Gerdesmeyer führt aus, bereits aus den zur Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen resultiere eine erhebliche Neuverschuldung. Er spricht sich dafür aus, dass an den bereits zugesagten Baumaßnahmen festgehalten werde, um so auch die Verlässlichkeit der Politik zu zeigen. Weitere Vorhaben seien dann kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls aufzuschieben.

KTA Hubert Pille sieht es als erforderlich an, die finanziellen Belange bei künftigen Bauplanungen stärker zu gewichten. Eine vollständige Kreditfinanzierung sei nicht vertretbar. Umgerechnet ergebe ein Schuldendienst von über 10 Mio. EUR vier Punkte Kreisumlage. Ohne ein Gegensteuern in der Bauplanung werde es auf ein Haushaltssicherungskonzept hinauslaufen. Für künftige Baumaßnahmen müsse ein Preisschild ausgegeben werden. Höhere Kosten seien dann nicht mehr zu akzeptieren. Die bereits beantragte Einrichtung einer Baukommission solle die Aufgabe der Kostenkontrolle übernehmen.

KTA Holger Ziefus bittet, die Tabellen dem Protokoll beizufügen.

KTA Matthias Windhaus fragt nach Einsparmöglichkeiten im Ergebnishaushalt. Die Möglichkeiten der Einsparung und des Verschiebens von Hochbaumaßnahmen sieht er als begrenzt an.

KTA Helmut Steinkamp verweist auf den gestiegenen Sozialetat und sieht wenig Einsparpotenzial im Ergebnishaushalt. Die bereits ausgesprochenen Zusagen im Hochbau sollten dann auch umgesetzt werden.

Kostenüberlegungen voranzustellen bei der künftigen Investitionstätigkeit, begrüßt KTA Peter Willenborg.

Die Finanzierung dürfe nicht auf die Städte und Gemeinden umgelegt werden, ist die Ansicht des KTA Dieter Rohnstock. Die Städte und Gemeinden haben eigene Bauvorhaben und Ausgabensteigerungen zu bewältigen. So seien etwa zwei Prozentpunkte Kreisumlage zusätzlich dort ein großes Problem.

Für die Haushaltsberatungen im Herbst 2024 sei nach KTA Hubert Pille auch die Einnahmesituation des Landkreises näher zu betrachten. Es fehlen erhebliche Mittel aus den Schlüsselzuweisungen.

KTA Walter Goda gibt als Beispiel für erforderliche Investitionen die Schwimmhalle beim Gymnasium Damme an. Dort sei das Dach undicht. Es sei eine Frage der Wirtschaftlichkeit, ob eine Unterhaltungsmaßnahme oder Investitionsmaßnahme zu planen sei.

Landrat Tobias Gerdesmeyer geht davon aus, dass stärker als zuvor, Unterhaltungsmaßnahmen eine Rolle spielen werden. Auch die übrigen oldenburgischen Landkreise gehen von ähnlichen Entwicklungen im Investitionshaushalt aus. Gemeinsam werde dem Land gegenüber von Seiten der Landkreise geltend gemacht werden, dass die finanzielle Ausstattung durch das Land nicht mehr ausreichend sei. Der vertikale kommunale Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen müsse neu ausgerichtet werden. Die finanzielle Lage der Kreise werde noch verschärft durch die Unterfinanzierung sowohl des Betriebes als auch der Investitionen der Krankenhäuser. Diese finanziellen Risiken für die Kreise seien vielfach noch nicht berücksichtigt. Bei den freiwilligen Leistungen des Landkreises Vechta sehe er wenig Einsparpotenzial. Aus Gründen der Verlässlichkeit sei für ihn wichtig, die für die Umsetzung vorgesehenen Hochbaumaßnahmen auch auszuführen. Einsparmöglichkeiten seien dabei auszuschöpfen.

16. Änderung der Kreditrichtlinie (778/2024)

Kreisrat Holger Böckenstette stellt die 1. Änderung der Kreditrichtlinie vor. Die Änderung sei an das Muster des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) angelehnt. Für die Einholung von Angeboten werde die Formulierung des NLT verwendet. Die Beschränkung auf Annuitätendarlehen mit anfänglicher Tilgungsquote von 3 Prozent werde aufgehoben. Das NLT-Muster und der Krediterlass des Landes lassen weitere Kreditformen und geringere Tilgungsquoten zu. Die Regelung zur Forderungsabtretung soll entfallen.

Auf Nachfrage erläutert Kreisrat Holger Böckenstette, dass einige Kreditbanken nicht anbieten können, dass die Abtretung der Kreditforderung von der Zustimmung des Landkreises als Kreditnehmer abhängig gemacht wird. Der Kreis der Angebotsbanken würde sich erheblich verringern.

KTA Philip Wilming geht davon aus, dass seit der Bankenkrise 2008 die Forderungsabtretung im Kreditgeschäft üblich geworden ist, insbesondere bei kleineren Bankhäusern. Ihm komme es darauf an, gute Kreditkonditionen angeboten zu bekommen. Weitergehende Risiken sehe er hierin nicht.

KTA Peter Willenborg erhofft sich bessere Zinskonditionen, wenn der Passus zur Abtretung entfällt.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Die vorgelegte 1. Änderung der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 18.10.2018 wird beschlossen.“

17. Verzicht auf die Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses für das Abschlussjahr 2022 (779/2024)

Kreisrat Holger Böckenstette erläutert, dass nach den beiden Gesamtabschlüssen 2012 und 2013 jeweils aufgrund der Erleichterungen des Landes für die Jahre 2014 bis 2021 auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses verzichtet worden sei. Nunmehr schlägt er vor, dass auch für das Abschlussjahr 2022 auf einen Gesamtabschluss verzichtet wird, zumal die Erkenntnisse eines konsolidierten Abschlusses für die Kernverwaltung und die Ausgliederungen eher gering seien.

KTA Matthias Windhaus spricht sich für den Verzicht aus. Jeder Aufgabenträger für sich hat einen eigenen ordnungsgemäßen Jahresabschluss aufgestellt; eine Zusammenfassung halte er darüber hinaus nicht für erforderlich und erfordere zusätzlichen Personalaufwand.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

Für die Beurteilung der untergeordneten Bedeutung für die Aufstellung des Gesamtabschlusses werden die vom Nds. Ministerium für Inneres und Sport mit Erlass vom 28.06.2022 empfohlenen Richtwerte zugrunde gelegt. Allen verbundenen Aufgabenträgern beim Landkreis Vechta bezogen auf das Abschlussjahr 2022 kommt eine untergeordnete Bedeutung zu im Sinne des § 128 Abs. 4 NKomVG.

Auf die Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses wird verzichtet.“

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Vechta, 05.04.2024

Gerdemeyer
Landrat

Kramer
Protokollführer